

Beginn der Beratungen des Städtetages: 16 Uhr

Vorsitzender Präsident des Österreichischen Städtebundes Bürgermeister Dr. Michael Häupl: **Meine sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Veranstaltung hält der Österreichische Städtebund seine 52. Generalversammlung seit 1945 ab, und als Präsident des Österreichischen Städtebundes freue ich mich ganz außerordentlich, Sie alle hier sehr, sehr herzlich im Grazer Congress begrüßen zu können.**

Die Bedeutung, die den Städtetagen zugemessen werden kann, ist insbesondere in den Zeiten der Veränderung, in denen wir stehen, größer denn je. Repräsentanten des Staates und wichtiger Institutionen nützen die Möglichkeit zum Dialog mit den Kommunen und heben damit die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden hervor.

Städtetage sind aber immer auch eine Plattform der internen Meinungsbildung, und sie sind wichtige Instrumente, Erfahrungen auszutauschen, unsere Anliegen zu formulieren und an Bund und Länder, in zunehmendem Maße aber auch an unsere Vertreter auf der europäischen Ebene heranzutragen.

Dies soll auch bei unserer diesjährigen Veranstaltung, die nach nur fünf Jahren wieder in dieser schönen Stadt abgehalten wird, der Fall sein, denn wir haben massive Anliegen und müssen unsere Stimme auch deutlich erheben.

Zunächst aber darf ich Sie bitten, jener Kommunalpolitiker zu gedenken, die jahrelang mit hohem Einsatz für ihre örtliche Gemeinschaft tätig waren und im letzten Jahr von uns gegangen sind.

Stellvertretend für viele möchte ich den Wiener Landtagspräsidenten, ÖVP-Klubobmann und Gemeinderat Fritz Hahn erwähnen, der Ehrenmitglied des Österreichischen Städtebundes war. *(Die Anwesenden verharren in einer stillen Trauermminute.)* Ich danke Ihnen für Ihre Anteilnahme.

Ich habe zum ersten Mal die Aufgabe, den Herrn Bundespräsidenten, unser Staatsoberhaupt, zu entschuldigen, der sich seit gestern auf Besuch in Kroatien befindet und sich daher – soweit ich mich erinnern kann, das erste Mal – beim

Österreichischen Städtetag entschuldigen muss. Er hat mir folgende Grußadresse übermittelt, die ich nunmehr an Sie weitergeben will:

„Mein herzlicher Gruß gilt allen Delegierten des Österreichischen Städtetages sowie den Gästen, die am heutigen Festakt teilnehmen. Es ist das erste Mal seit mehreren Jahren, dass ich leider nicht persönlich die Eröffnung des Österreichischen Städtetages vornehmen kann, weil ich zurzeit einen seit langem geplanten Staatsbesuch in Kroatien absolviere.

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihren wichtigen Beratungen in Graz auf diesem Weg viel Erfolg zu wünschen. Das Zentralthema „Erlebnisraum Stadt“ hat unendlich viele wichtige Aspekte, steht doch die Attraktivität des urbanen Lebens mit der konkreten menschlichen Lebensqualität in den Ballungsräumen in einem unmittelbaren Zusammenhang, und zweifellos wird in der Zukunft die soziale, gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Zukunft der Stadt mehr denn je davon abhängen, ob die kommunalen Einrichtungen auch möglichst bürgernah auf die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen eingehen können.

Es ist daher meine feste Überzeugung, dass unsere europäischen Städte auch weiterhin autonom in der Lage sein müssen, sich der unmittelbaren Probleme in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht anzunehmen.

In diesem Sinne verbleibe ich mit meinen herzlichsten Grüßen

Dr. Thomas Klestil, Bundespräsident.“

Es ist mir eine besondere Freude, aber selbstverständlich auch eine Ehre, dass ich am Beginn dieses Städtetages nahezu die Gesamtheit der Repräsentanten der gastgebenden Stadt Graz in unserer Mitte begrüßen kann, allen voran den amtierenden Bürgermeister Alfred Stingl mit den Mitgliedern des Grazer Stadtsenates. Ein herzliches Willkommen!

Das Thema des diesjährigen Städtetages „Erlebnisraum Stadt“ und Graz bilden in dieser Zeit, in der sich die Murmetropole auf die Funktion einer Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2003 vorbereitet, eine Einheit. Graz rundet damit sein Engagement, ein Zentrum für die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle

Entwicklung in diesem auch für Südosteuropa wichtigen Raum zu sein, wahrhaft europäisch ab.

Ich darf dir, lieber Alfred, und der gesamten Stadt Graz und ihren Vertretern sehr, sehr herzlich gratulieren und nochmals auch für deine Initiative danken. Herzlichen Dank auch für Deine Gastfreundschaft.

Aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich neben unserem Gastgeber auch unsere Gäste hier begrüßen, und ich hoffe sehr, keinen protokollarischen Fehler zu machen, aber ich weiß, Sie würden es mir verzeihen.

Ich darf zunächst von dieser Stelle aus meinen besonderen Gruß dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Herrn Univ.-Prof. Dr. Ludwig Adamovich, entbieten. Ein herzliches Willkommen!

Sehr geehrter Herr Präsident! Als Hüter der Verfassung sind Sie und das Höchstgericht für die Gemeinden von unschätzbarem Wert, geht es doch darum, dass die verfassungsmäßigen Rechte ganz allgemein und die der Schwächeren in unserer Gesellschaft – und dazu zählen innerhalb der Gebietskörperschaften auch die Gemeinden – im Besonderen geschützt und respektiert werden.

Herr Präsident, ich darf Ihnen versichern, dass wir uns darüber freuen, dass Sie heute aus Anlass von 40 Jahre Gemeindeautonomie im Verfassungsrang im Rahmen unserer Eröffnung zu uns sprechen werden. Nochmals ein herzliches Willkommen.

Ich darf nun ganz herzlich eigentlich eine weitere Gastgeberin bei uns begrüßen: Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Liebe Waltraud, herzlich willkommen!

Ich darf dir jetzt schon sehr herzlich für den Abendempfang im stimmungsvollen Schloss Eggenberg danken. Du weißt, dass Delegierte, gerade auch jene des Städtetages im besonderen Ausmaß, deine Gastfreundschaft zu schätzen wissen. Ein herzliches Dankeschön schon jetzt.

Ich darf Frau Staatssekretärin Mares Rossmann als Grazerin sehr, sehr herzlich hier bei uns begrüßen. Willkommen!

Frau Staatssekretärin Rossmann vertritt die Frau Vizekanzlerin Dr. Susanne Riess-Passer. Ich begrüße Sie heute natürlich in Ihrer Funktion als Mitglied der Regierung, aber im besonderen Ausmaß auch als Grazerin. Nichtsdestotrotz ist das Thema unserer Tagung „Erlebnisraum Stadt“ mit Ihrem Job, wenn ich das so nonchalant sagen darf, aufs Engste verbunden, und wir freuen uns, dass Sie Zeit gefunden haben, zu uns zu kommen.

Nicht minder herzlich heiße ich Herrn Staatssekretär Dr. Alfred Finz willkommen. Herzlich willkommen!

Sind es, wenn man so will, die angenehmen Seiten des Tourismus, des Events, des Erlebnisraumes, die uns mit der Frau Staatssekretärin verbinden, so verbindet uns mit Ihnen, Herr Staatssekretär, Ernsteres, denn zweifelsfrei sind die Fragen der Finanzen, der Finanzierung der Gemeindegemeinschaft natürlich für uns etwas, wo wir viel Gemeinsames, gelegentlich auch etwas Trennendes haben, aber ich hoffe sehr, dass uns das Gemeinsame für die Zukunft wesentlich mehr verbindet als uns das unter Umständen Trennende tatsächlich trennen könnte.

Auch die Hohe Geistlichkeit gibt uns im Rahmen dieser feierlichen Eröffnung die Ehre. Ein herzliches Willkomm dem Evangelischen Superintendenten der Steiermark, Herrn Mag. Hermann Miklas, Stadtpfarrprobst Kanonikus Dr. Heinrich Schnuderl sowie Dr. Mohammed Gowayed vom Islamischen Zentrum Graz. Ein herzliches Willkommen!

Ich darf nun etwas nachholen, was ich nicht übersehen, aber doch ein bisschen verschoben habe: Ich darf sehr, sehr herzlich die Vertreter des diplomatischen Corps begrüßen, im besonderen Ausmaß aber Ihre Exzellenz Botschafterin der Republik Ungarn, Frau Etelka Barsi-Pataky. Herzlich willkommen!

Ich begrüße sehr herzlich auch die Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder, insbesondere die Landtagspräsidenten Dr. Anna Rieder, Ing. Hans Kinsky und Präsident Hatzl. Herzlich willkommen!

Eine besondere Freude bereitet mir die Tatsache, dass auch unsere Schwesterorganisation, der Österreichische Gemeindebund, hochrangig vertreten ist,

und ich begrüße sehr, sehr herzlich dich, Herr Präsident Bürgermeister Helmut Mödlhammer. Herzlich willkommen hier bei uns!

Ich denke, dass der Zusammenarbeit zwischen den beiden Vertretungsorganisationen der dritten Gebietskörperschaft, dem Gemeindebund und dem Städtebund, immer eine besondere Bedeutung zukommt, denn ich persönlich halte es für sehr, sehr wichtig, nicht nur in Finanzfragen, sondern in sehr vielen anderen politischen Fragen diese Gemeinsamkeit immer wieder durchzuprüfen und durchzuexerzieren. Dass es selbstverständlich auch inhaltliche Fragen gibt, bei denen wir unterschiedliche Interessen zu vertreten haben, zu denen wir auch unterschiedliche Meinungen haben, mag gelegentlich vielleicht persönlich schmerzhaft sein, aber es ist offensichtlich unvermeidbar, jedoch zweifelsohne mit entsprechender inhaltlicher Arbeit, mit Diskussion, aber sicherlich auch auf der Ebene freundschaftlicher Verbundenheit dann auch aufzulösen.

Und so bin ich überzeugt davon, dass wir heute schon in guter Vorbereitung der Verhandlungen zum nächsten Finanzausgleich beginnen werden, auch die Fragen des sogenannten horizontalen Finanzausgleichs rechtzeitig so vorzubereiten, dass wir uns nachher darauf konzentrieren können, gemeinsam das von den Ländern und vom Bund zu erreichen, was wir letztendlich auch brauchen. Denn letztlich können – und diese Gemeinsamkeit haben wir zweifelsfrei – nur starke Städte und Gemeinden mit ihren Leistungen zu einem blühenden Österreich mit einer hohen Lebensqualität beitragen.

Ich bedauere es daher persönlich, dass ich den Präsidenten des Steirischen Gemeindebundes, Herrn Bürgermeister Hermann Kröll, entschuldigen muss. Ich freue mich immer sehr, wenn ich ihn treffe, aber eine äußerst unangenehme Angelegenheit in seiner Gemeinde erfordert die Anwesenheit des Bürgermeisters von Schladming. Deshalb bitte ich, ihn zu entschuldigen.

Ich begrüße den Präsidenten des Burgenländischen Gemeindevertreterverbandes, Herrn Bürgermeister Ernst Schmid, und ich begrüße den Präsidenten des Niederösterreichischen Gemeindevertreterverbandes, Herrn Anton Koczur, und den Vizepräsidenten des Niederösterreichischen Gemeindevertreterverbandes, Bürgermeister Bernd Vögerle, meinen Nachbarn. Herzlich willkommen!

Ich möchte darüber hinaus sehr herzlich jenen Mann willkommen heißen, der als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Landesgruppe Wien, unsere Mitarbeiter vertritt, Herrn Rudolf Hundstorfer. Herzlich willkommen!

Was wäre unsere Arbeit in den Gemeinden, was wären die Gemeinden, wenn wir nicht auf ihre Leistungen und auf qualifizierte und motivierte Bedienstete zurückgreifen könnten.

Was mich aber auch freut, ist, dass sein langjähriger Vorgänger in dieser Funktion ebenfalls nach Graz gekommen ist. Ich freue mich sehr, den Vizepräsidenten des ÖGB, Herrn Günter Weninger, begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen, lieber Günter!

Im besonderen Maße möchte ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass auch heuer wieder zahlreiche ausländische Freunde unserer Einladung Folge geleistet haben, den Österreichischen Städtetag zu besuchen, allen voran unser heutiger Referent und Festredner, der Bürgermeister von Brüssel, Freddy Thielemans. Herzlich willkommen, lieber Freddy!

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter des benachbarten Bayern, den Vorsitzenden des Bayrischen Städtetages, Oberbürgermeister Josef Deimer aus Landshut, und auch dessen Stellvertreter, Herrn Georg Winkler, die zu uns gekommen sind. Herzlich willkommen!

Vom Schweizer Städteverband darf ich als einen sehr vertrauten Gast hier bei uns den Herrn Präsidenten Dr. Heinz Christen, Stadtpräsident von St. Gallen, begrüßen. Herzlich willkommen!

Als Vertreter der Nachbarn, des Südtiroler Gemeindeverbandes, nehmen Herr Präsident Franz Alber sowie Bürgermeister Dr. Arthur Scheidle an unserer Tagung teil. Ein herzliches Willkommen!

Die wichtige Rolle, die Österreichs Städte und der Städtebund im Prozess der Vorbereitung auf den EU-Beitritt in einer Reihe von Nachbarländern einnehmen, zeigt sich einmal mehr in der Präsenz der Verbände aus den Reformstaaten.

Von unseren Schwesterorganisationen in den mittel- und osteuropäischen Ländern begrüße ich Herrn Vizepräsident Dipl.-Ing. Jozef Mrva vom Slowakischen Städte- und Gemeindeverband sehr, sehr herzlich hier bei uns. Willkommen!

Als Vertreter der Stadt Budapest begrüße ich Herrn Botschaftssekretär a. D. György Krausz, den Herrn Präsidenten András Kukai und Dr. Gábor Schmidt aus Pécs. Ein herzliches Willkommen!

Ebenfalls aus Ungarn begrüße ich den Präsidenten Levente Magyar von Verband der lokalen Selbstverwaltungen und die Herren Dr. Simon Attila und Ferenc Schmidt vom Bund der ungarischen Städte mit Komitatsrechten. Ein herzliches Willkommen!

Vom Verband der Gemeinden Sloweniens heiße ich Herrn Generalsekretär Dr. Mitja Slane sehr herzlich willkommen.

Eine besondere Freude ist es für mich, dass ich auch meine Amtskollegin aus Belgrad sehr herzlich begrüßen darf, Frau Bürgermeisterin Radmilla Hrustanovic. Herzlich willkommen!

Ebenso sehr darf ich den Generalsekretär des Serbischen Städteverbandes, Herrn Djordje Stanicic, herzlich willkommen heißen. Willkommen!

Aus Bosnien-Herzegowina ist heute ebenfalls ein Vertreter hier. Ich begrüße ganz herzlich Herrn Dipl. iur. Hamdija Jahic, Bürgermeister der Stadt Mostar.

Von den vielen Organisationen und Unternehmen, mit denen der Österreichische Städtebund zusammenarbeitet, die die Städte finanzieren und auch prüfen, möchte ich eine, nämlich die Statistik Österreich, erwähnen, deren Generaldirektor Dr. Ewald Kutzenberger heute bei uns ist. Ein herzliches Willkommen!

Desgleichen begrüße ich Herrn Präsidenten Josef Kassler vom Österreichischen Sparkassenverband, dessen Studie über die Gemeindefinanzen 2000 vor kurzem ein beachtliches Medienecho gefunden hat. Ein herzliches Willkommen!

Von unseren Ehrenmitgliedern, die auch zahlreich bei uns erschienen sind, möchte ich stellvertretend für alle recht herzlich den früheren Bürgermeister der Kärntner

Landeshauptstadt Klagenfurt Leopold Guggenberger bei uns begrüßen. Lieber Leopold, herzlich willkommen!

Und nun kommt der wahrscheinlich unangenehmste Teil der Begrüßung: Ich begrüße all jene, die ich zu begrüßen vergessen habe, sehr, sehr herzlich und bitte sie um Verzeihung.

Im Besonderen, meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüße ich Sie zu diesem Städtetag hier in Graz! Erlauben Sie mir einige Anmerkungen zu unserem Thema dieses Städtetages.

Natürlich sind wir uns dessen bewusst, dass die Fragen von Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Finanzen, Umwelt, Soziales, Gesundheit eine Fülle von Themen sind, mit denen wir uns tagtäglich zu beschäftigen haben. Warum wir diesmal ein Thema gewählt haben, das sich abseits dessen befindet, was man gelegentlich spöttisch als Hardcore-Themen der Kommunalpolitik bezeichnet, stellt, so denke ich, eine besondere Würdigung eines Themenfeldes dar, das immer wichtiger für die österreichischen Städte wird. Denn die Frage des Erlebnisraumes Stadt, die Frage dessen, was sich in einer Stadt abspielt, hängt engstens damit zusammen, wie wohl sich Menschen in einer Stadt fühlen. Das ist natürlich eine Frage auch der Kultur, auch des kulturellen Erlebnisses in einer Stadt, das ist auch eine Frage des Tourismus und verknüpft sich sohin selbstverständlich auch mit der Frage der Wirtschaft in einer Stadt. Aber in zunehmendem Ausmaß, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen – das wissen wir alle –, stellen die Fragen, wie wohl Menschen sich in einer Stadt fühlen, welche kulturellen Erlebnisse eine Stadt bietet, einen der wesentlichsten Bereiche der so genannten weichen Standortfaktoren für die Wirtschaft dar und sohin auch einen wesentlichen Punkt in der Frage internationaler Investitionsentscheidungen.

Dies ist der Grund, warum ich denke, dass es eine gute Wahl war, die wir mit diesem Thema getroffen haben, und dass es würdig ist, dass wir uns in einem ausführlichen Ausmaß mit der Frage beschäftigen: Wie organisiere ich den Erlebnisraum Stadt und wie organisiere ich ihn so, dass alle positiven Seiten zur Umsetzung kommen und die zweifelsohne auch vorhandenen negativen Aspekte – wir kennen sie alle – der

Lärmerregung und vieler anderer Dinge entsprechend hintan gehalten werden können?

Kultur ist ein wesentlicher Standortfaktor, ist ein wesentlicher Wohlfühlfaktor, mit dem sich die Städte heute auseinander zu setzen haben. Wahrscheinlich ist es daher nicht zuletzt auch dieser Teil der Arbeit, der zur Beurteilung unserer Arbeit durch die Bürger geführt hat. Es ist ja nicht so schlecht, von Zeit zu Zeit abzufragen, welches Zeugnis die Bürger nicht nur der großen Politik, sondern auch ihren Kommunalpolitikern ausstellen.

Der Österreichische Städtebund hat eine derartige Umfrage, nämlich „Wie beurteilen Sie die Arbeit Ihrer Kommunalpolitiker?“, in Auftrag gegeben, und zunächst einmal ist gerade auf dieser Ebene ein unglaublich positives Stimmungsbild zu verzeichnen, über das ich Ihnen gerne berichte.

65 Prozent der befragten Bürger erwarten sich einen Aufschwung ihrer Gemeinde, sehen positiv in die Zukunft der Entwicklung ihrer Gemeinde. 20 Prozent erwarten keine Veränderung und lediglich 9 Prozent erwarten eine negative Entwicklung. – Eine Wunschvorstellung für verschiedene andere Politikebenen.

Die Bürger identifizieren sich sehr stark mit ihrer Gemeinde. Rund zwei Drittel von der befragten Gemeindebevölkerung tun dies.

Bei der Beurteilung der Arbeit – unserer Arbeit – in den Gemeinden werden wir als Verantwortliche gut bis sehr gut bewertet, was vor allem das Engagement betrifft, die Attraktivität der Gemeinden zu erhöhen. Das zieht sich gleichermaßen durch alle Gemeindegrößen und -klassen, wobei unter Größe und Klassen die Einwohnerzahl zu verstehen ist.

Ich denke, dass wir dieses positive Stadt- und Gemeindegefühl, diese positive Beurteilung letztendlich auch unserer Arbeit – Ihrer Arbeit – gerade auch in diesem Jubiläumsjahr „40 Jahre Gemeindeautonomie“ darstellen und auch nutzen sollten.

Aber diese Leistungen, die für die Gemeinden erbracht werden – und ich denke, wir tun das, was nicht zuletzt auch aus der Beurteilung der Bevölkerung hervorgeht, durchaus effizient –, brauchen auch entsprechende Voraussetzungen. Ich weiß, dass heute vom Generalthema her nicht der Rahmen ist, primär über die

Finanzierungsfragen der Gemeinden zu sprechen, doch wir haben hier zweifellos eine Reihe von Fragen anstehen. Es sei nur so viel gesagt: Nur finanziell leistungsfähige Städte und Gemeinden können in der Tat ihren positiven Beitrag zur Entwicklung Österreichs leisten.

Es ist daher zweifelsfrei erschreckend, dass ein massiver Einbruch in dem vor kurzem vorgestellten Gemeindefinanzbericht 2000 bei den Gemeindeinvestitionen festzustellen ist. Die Investitionsquote ist innerhalb weniger Jahre von 25 Prozent auf 20 Prozent der Budgetausgaben zurückgegangen. In den großen Städten betragen die Investitionen mit 12 Prozent des Budgets sogar nur halb so viel wie in den kleineren Gemeinden und sie können nur mit einem verschwindend geringen Anteil durch Eigenmittel finanziert werden. Dieses Phänomen ist in der Tat nicht allein durch vorhandene Privatisierungen und Ausgliederungen zu erklären, höchstens zu einem Teil mit etwa 25 Prozent.

Ich halte es daher für notwendig, auch bei der Eröffnung zu betonen, dass ein künftiger stärker aufgabenorientierter Finanzausgleich, zu dem sich im Grunde genommen alle Partner bekennen, dieser Situation im besonderen Ausmaß Rechnung zu tragen hat. Es muss der gesamte Anteil, der den Gemeinden an den Abgabenerträgen zuerkannt wird und der vom Jahr 1993 bis zum Jahr 2000 um rund 1 Prozent auf unter 12 Prozent der Österreich-Summe aller Gebietskörperschaften gesunken ist, wieder erhöht werden.

Es geht hierbei um sehr viel Geld für die Städte und Gemeinden. Wir brauchen Sicherheit bei unseren Gemeindefinanzen, wenn wir Aufträge an die Wirtschaft erteilen sollen, und nicht Unsicherheit. Wenn wir die Zufriedenheit der Bürger auf jenem Niveau erhalten wollen, das ich Ihnen vorher nur rudimentär geschildert habe, und wenn wir als Gemeinden weiterhin unseren großen Beitrag für die kleinräumige Wirtschaft und sohin auch für die Arbeitsplatzsicherheit leisten wollen, dann ist diese Sicherheit in den Gemeindefinanzen von eminenter Bedeutung.

Das heißt – ich sage das hier vorab –, dass die Forderung des Bundes, von den Gemeinden die Rückzahlung von Ertragsanteilen des Jahres 2001 in der Größenordnung von rund 3 Milliarden Schilling zu verlangen, von uns kategorisch zurückgewiesen werden muss.

Und ein Zweites: Selbstverständlich sind wir zur Entlastung der Wirtschaft und zwecks Stärkung der Kaufkraft für eine Steuerreform, aber es sei auch hier einleitend gesagt: Der Bund hat die Mehreinnahmen seines letzten Maßnahmenpaketes für sich behalten, daher ist es, so denke ich, nur konsequent, dass er die Kosten der nächsten Steuerreform auch trägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu zwei Themenfeldern noch einige wenige Bemerkungen machen. Zunächst: Wir leben in einer europäischen Diskussion, in der es zu Diskussionskonflikten zwischen verschiedenen Grundprinzipien unseres europäischen Systems kommt. Wir haben Prinzipien, von denen ich nur wenige nennen will: die Frage des Wettbewerbs, der Subsidiarität, der Nachhaltigkeit. Ich füge hinzu: Es ist auch wichtig, den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft entsprechend zu beachten.

In zunehmendem Ausmaß ist durch die Diskussionen, nicht zuletzt auch im Europarecht, zu erkennen, dass diese Einhaltung der Grundprinzipien auf eine schiefe Ebene oder auch zeitweilig in Widerspruch gerät. Es ist mit Sicherheit für die europäischen Kommunen nicht erträglich, wenn in Sonntagsreden großer europäischer Kongresse in Brüssel über Subsidiarität geredet wird und im nächsten Augenblick von der Kommission neuerlich wieder Richtlinienentwürfe – oder Ähnliches – vorgelegt werden, die die Handlungsspielräume der Kommunen in Detailfragen, wie etwa dem öffentlichen Personennahverkehr in Städten, aufs Entschiedenste einschränken. Dies steht im Widerspruch zur Subsidiarität, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn es daher um diese Fragen geht, so erwarte ich mir, dass man auf die dritten Gebietskörperschaften auch in Europa hört. Es wird in der letzten Zeit in Europa sehr viel über good Governments, über Bürgernähe und viele andere Dinge gesprochen. Man sollte auch hören, was die Städte und Gemeinden in diesem Europa darüber zu sagen haben, was die Akzeptanz der Bürger für dieses gemeinsame Haus Europa hervorrufen kann. Ich glaube, dass dann viele der Diskussionen wesentlich leichter zu führen wären, nicht zuletzt auch des Signals wegen, das man damit aussendet, denn die Entfremdung von Entscheidungsträgern in der Bürokratie der Kommission ist zweifelsohne mit ein wesentlicher Grund für diese Diskussion und für diese Probleme, die wir auch hier haben.

Ein Drittes noch: Einer der wesentlichen Bereiche – ich habe den öffentlichen Personennahverkehr angesprochen, aber dies gilt auch für andere Bereiche der so genannten Daseinsvorsorge –, einer der Punkte, die letztendlich dabei anzusprechen sind, wenn wir das Prinzip der Subsidiarität tatsächlich als ein wesentliches Prinzip dieses gemeinsamen Hauses Europa ansehen, ist: Lasst doch die Gemeinden selbst darüber entscheiden, wie sie diese Grundelemente kommunaler Daseinsvorsorge, kommunaler Dienstleistungen organisieren wollen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ein bisschen darauf hinweisen, wie die Österreicherinnen und Österreicher diesbezüglich entscheiden, denn man sollte dies wenn schon nicht aus der Bürgersicht, so doch aus der Kundensicht sehen. Die Österreicherinnen und Österreicher sind gemäß dieser Studie, die wir vom Städtebund vor kurzem in Auftrag gegeben und nun erhalten haben, einer sehr eindeutigen und sehr klaren Meinung. 88 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Wasserversorgung bei der Gemeinde bleiben und nicht privatisiert werden soll. 87 Prozent möchten, dass die Kanalisation, 74 Prozent dass die Müllentsorgung und 65 Prozent dass die öffentlichen Verkehrsmittel – in Wien sind es, das darf ich als Wiener Bürgermeister hinzufügen, 76 Prozent – in Gemeindehand bleiben sollen. Bei der Kinderbetreuung sind es 65 Prozent, bei den Pflichtschulen 85 Prozent, bei Alters- und Pflegeheimen 72 Prozent, bei Spitälern 79 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Meinung der Bürger spricht eine klare Sprache, und ich denke, dass es sehr, sehr viel Sinn macht, auch darauf zu hören, was unsere Kunden in diesem Zusammenhang meinen.

All dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind zweifelsohne wesentliche Punkte und wesentliche Beiträge, die wir abzuliefern haben in eine Diskussion, die zurzeit unter dem Namen Europäischer Konvent läuft. Ich bin sehr froh, dass der Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas auch der Vorsitzende und Präsident in diesem Konvent ist, und ich erhoffe mir, auch wenn er früher französischer Staatspräsident gewesen ist, doch einiges an Beiträgen in die Richtung dessen, was wir zweifelsohne brauchen: ein Europa näher dem Bürger, ein Europa der Regionen, ein Europa der Gemeinden und Städte.

Ich halte es daher für wichtig, jene Resolutionen, die wir am Freitag beraten werden, jene Meinungskundgebung, die wir am Freitag darstellen wollen, diesem Konvent zu übermitteln. Wir sind für unser gemeinsames Haus Europa, aber wir wollen dieses gemeinsame Haus Europa nicht als einen neuen zentralistischen Staat, sondern als ein Europa der Gemeinden und Regionen, als ein Europa der Bürger.

Ich heiße Sie nochmals herzlich willkommen, und ich wünsche Ihnen, uns, natürlich auch mir einen äußerst erfolgreichen Städtetag 2002. – Danke schön.